



## Stellungnahme der Stadtwerke München GmbH (SWM) und der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) zur Verbändeanhörung zum Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz

Lobbyregisternummer: R000611

## **Stellungnahme zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften**

Als Stadtwerke München (SWM)/ Münchner Verkehrsgesellschaft begrüßen wir die Öffnung für digitale Lernformate und die damit verbundene Flexibilisierung des Unterrichts. Eine praxisorientierte E-Learning-Option erhöht die zeitliche und örtliche Flexibilität, erleichtert die Vereinbarkeit von Ausbildung, Beruf und Familie, spart Wege und ermöglicht ein besseres Zeitmanagement sowie eine abwechslungsreiche Unterrichtsgestaltung. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass die für digitales Lernen erforderlichen Endgeräte bereitgestellt oder gefördert werden, da sonst zusätzliche Kosten für Auszubildende bzw. Bildungsträger anfallen. Die strengeren Regelungen zu Anforderungen an Ausbildungsstätten sowie zum Datenschutz erscheinen in der Praxis unkritisch.

Im Rahmen der Verbändeanhörung zum Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz (BKrFQG) und zur zugehörigen Verordnung (BKrFQV) halten wir als SWM/ MVG die folgenden Anpassungen für erforderlich:

### **Harmonisierung mit EU-Recht**

- Wegfall nationaler Mehrstunden oberhalb der EU-Mindestanforderungen (Richtlinie 2003/59/EG)
- Anpassung der Ausbildungszeiten für Grund- und beschleunigte Grundqualifikation auf EU-Niveau

### **Straffung der Busführerscheinausbildung (Klasse D)**

- Streichung der verpflichtenden Grundfahrausbildung nach deutschem Zusatzmodell
- Reduzierung der besonderen Ausbildungsfahrten und Theorieeinheiten auf ein bundeseinheitliches Mindestmaß

### **Integration von Fahrausbildung und Grundqualifikation**

- Gemeinsame Theorie- und Praxisprüfung für Fahrerlaubnis und Grundqualifikation
- Eliminierung inhaltlicher Doppelungen (z. B. Technik, Ladungssicherung)

### **Stärkung der Fahrlehrerkompetenz**

- Übertragung der Prüfungsreifeentscheidung an den Fahrlehrer, analog zu anderen Klassen
- Abbau zusätzlicher behördlicher Freigabeverfahren

### **Ausbau der Prüfungskapazitäten**

- Erhöhung der IHK-Termine für Grund- und beschleunigte Grundqualifikation
- Förderung zusätzlicher Prüfungsstellen und -kräfte

### **Anerkennung ausländischer Qualifikationen**

- Vollständige Anerkennung von Drittstaatenführerscheinen mit gleichwertiger Fahrerqualifikation
- Klare Vorgaben für erforderliche Ergänzungsprüfungen

### **Kostentransparenz und Preishoheit**

- Einführung eines Höchstpreises für beschleunigte Grundqualifikation (max. 1 800 € bundesweit)
- Einheitliches Gebührenverzeichnis zur Vermeidung regionaler Preisabweichungen

Mit diesen Maßnahmen lässt sich der Berufszugang zügiger und kostengünstiger gestalten, ohne Ausbildungsqualität oder Verkehrssicherheit zu beeinträchtigen.

